

Position des Zukunftsrats zur Olympia-Bewerbung Hamburgs:

Ja oder nein zu Olympia – eine Vertrauensfrage

Olympische Spiele und Nachhaltigkeit

Nach dem heutigen Stand der Technik verschlingen Sportstättenbau und Verkehr(sinfrastruktur) bei Olympischen Spielen - wo immer sie stattfinden - für einen kurzfristigen Anlass große Mengen an materiellen Ressourcen, Flächen und Energie. Das gilt – eingeschränkt - auch dann, wenn Gebäude und Infrastruktur einen hohen Mehrwert für die Stadtentwicklung nach den Spielen haben (Nachnutzung). Die Größe des Events und damit das Ausmaß der Natureingriffe legt das IOC (nicht die Ausrichterstadt) schon mit der Anzahl der olympischen Sportdisziplinen fest - z.Zt. 41 Sportarten in 28 Verbänden. Allein der zusätzliche Flugverkehr verursacht (ohne Nachnutzungs-Mehrwert) in großem Umfang CO₂-Emissionen, Luftverschmutzung und Lärm. Dieses starke Minus an ökologischer Nachhaltigkeit lässt sich allenfalls einschränken, aber nicht ausschließen. Ein gleichwertiges Plus an sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit ist noch nicht erkennbar. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ist die soziale Nachhaltigkeit ihrerseits etwa wegen städtebaulicher Verdrängungs- und Verteuerungseffekte selbst gefährdet. Bei der ökonomischen Nachhaltigkeit bilden vor allem die hohen, häufig unterschätzten Kosten erhebliche Risiken. Olympische Spiele können prinzipiell nicht nachhaltig oder in diesem Sinne zukunftsfähig sein. Sie sind keine Lösung für absehbare existentielle globale Engpässe, Probleme oder Konflikte. Die Potentiale für ein positives Image der Gastgeber-Stadt und –Nation, für die Identifikation ihrer Bevölkerung sowie die damit verbundenen möglichen Stadtentwicklungsprojekte können die konkreten Nachhaltigkeits-Defizite und -Risiken aller Voraussicht nach nicht aufwiegen.

Olympische Spiele in Hamburg, Bedingungen für das Referendum

Nach menschlichem Ermessen wird es 2024 und 2028 irgendwo auf der Welt Olympische Spiele geben. Deutschland und Hamburg verfügen mit ihrer finanziellen Ausstattung, ihren Sozialstandards und ihrem technologischen Niveau mehr als viele andere Länder über die Voraussetzungen, die unvermeidlichen Einbußen an Nachhaltigkeit durch Olympische Spiele so gering wie möglich zu halten.

Aus Sicht des Zukunftsrats und einer globalen Perspektive ist deswegen eine positive Empfehlung für das Referendum am 29.11. grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Sie steht aber unter folgenden Bedingungen:

1. **Hamburg will auch (relativ /möglichst) nachhaltige Spiele.** Dies ist erklärte Absicht des Senats. Der Zukunftsrat zweifelt nicht an ihrer Ernsthaftigkeit.
2. **Hamburg erarbeitet ein ehrgeiziges Nachhaltigkeitskonzept für alle drei Säulen (Umwelt, Soziales, Wirtschaft).**

3. Diesem Konzept müssen die Planungen *aller beteiligten Gremien* und Entscheider folgen.
4. Hamburg *kann* dieses Nachhaltigkeitskonzept sowohl gegen konträre Lobbyinteressen als auch gegenüber dem IOC *durchsetzen*.
5. Die zum Referendum Aufgerufenen müssen *rechtzeitig* und umfassend über das Konzept und die Umsetzung *informiert* werden.
6. Soweit konkrete Planungsentscheidungen und Kostenabschätzungen bis zum Referendum tatsächlich nicht möglich sind, müssen *Kriterien / Grenzwerte für den Rücktritt von der erfolgten Bewerbung (nach positivem Referendum)* entwickelt werden.

Ehrgeiziges Nachhaltigkeitskonzept (Nr.2)

Der Hamburger Senat bzw. die Bewerbungsgesellschaft hat die Agenturen Proprojekt und AS&P mit der Erstellung der Bewerbungsunterlagen beauftragt. Diese haben ihrerseits das Öko-Institut Freiburg und die Sporthochschule Köln mit der Durchführung eines Umwelt-Screenings und eines Nachhaltigkeitskonzepts unterbeauftragt. Nach ersten veröffentlichten Präsentationen (Arbeitsstand vom 15.9.2015) zu urteilen, ist das Nachhaltigkeitskonzept noch sehr rudimentär und allgemein – mehr Konzeptplanung als Konzept. Offen ist etwa, mit welchen Zahlenwerten die anzustrebenden Nachhaltigkeitsziele konkretisiert werden - für das geplante Monitoring eine unverzichtbare Vorgabe. Es fragt sich auch, ob die beiden Unterauftragnehmer für die Bereiche soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit ausreichend Erfahrung und Kapazität besitzen. Bislang fehlt eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Hostcity-Vertrag (s.u. zu Nr.4). Mögliche vertrauliche Unterlagen können für das Referendum keine Rolle spielen.

Nach Auffassung des Zukunftsrates sollten in einem ehrgeizigen Nachhaltigkeitskonzept jedenfalls folgende Felder und Fragen behandelt werden (Stichworte, nicht vollständig, nicht gewichtet). Einige von ihnen sind Pflichten nach dem Hostcity-Vertrag. Das bisher vorliegende Konzept berührt nur einen Teil der Themen:

Ökologie:

- Strategische Umweltplanung für alle Sportstätten und Infrastrukturmaßnahmen, einschließlich Nachnutzung
- Nachhaltiges Flächenmanagement für den Kleinen Grasbrook und Ersatzflächen; ggf. erforderliche Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe; Ent- und Versiegelung
- Abschätzung Ressourcenverbrauch, Abfall und CO₂-Emissionen mit Quantifizierung (auch Forderung des Hostcity-Vertrages)
- Nachhaltiges Bauen (DGNB-Kriterien)
- Herstellung von Klimaneutralität; alternative Energien, CO₂-Kompensation, mit Quantifizierung
- Gewässerschutz (Bestand, Auswirkungen der Baumaßnahmen und Nutzungen)
- Luftgüte (Schiffs-, Auto-, Flugverkehr)
- Lärmschutz (Flughafen; spätere Wohnbebauung Kleiner Grasbrook; Sportstättenumgebung)

Soziales:

- Folgen der erwartbaren Stadtentwicklungsprozesse für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Stadtteile (Verdrängung? Preisentwicklung, Verkehrseinschränkungen) und ggf. angemessene Vorbeugungsmaßnahmen

- Festlegung von Sozialstandards (Tarif-, Mindestlohn, Gleichberechtigung) für Beschäftigte der Auftragnehmer
- Veranstaltungszugang und –preise, auch für sozial Schwache, Behinderte, Alte (siehe ISO 10120)
- Sozialwohnungsbau in der Nachnutzung; Abwägung Umweltstandards mit Investitions- / Mietkosten
- Förderung des Schul- und Breitensports durch Nachnutzung
- Kulturprogramm, das lokale Künstler/innen und Kulturstätten integriert
- Beteiligung an der Planung / Mitgestaltung möglichst breiter Bevölkerungskreise
- Anti-Korruptions-Konzept, keine unbegründete Privilegierung von Sportlern und Funktionären
- Abwägung Sicherheit mit Bewegungsfreiheit; bei den Sportstätten, in der Stadt

Ökonomie

- Konkrete und konservative Kostenabschätzung aller Maßnahmen im direkten oder indirekten Zusammenhang mit den olympischen Spielen; Konkretisierungs-/Prüfungs-Intervalle; Transparenz. Dies ist mit dem Finanz-Report vom 8.10.15 inzwischen erfolgt.
- Kostenzuordnung zu Olympia und ohnehin geplanten Maßnahmen; Auswirkungen auf andere Haushaltstitel
- Transparente Übersicht über die verschiedenen Kostenträger; wer trägt die Kosten in welcher Höhe für was?
- Potentielle Gewinner und Verlierer identifizieren (Branchen, Standorte, Unternehmen); Ausgleichsmöglichkeiten
- Schutz der lokalen Wirtschaft vor Einschränkungen durch Großsponsoren / IOC (Hostcity-Vertrag)
- Zugänglichkeit der Betriebe sichern (Sicherheits-, Verkehrsregelungsmaßnahmen)
- Förderung „olympisch-nachhaltiger“ Produkte und Dienstleistungen (z.B. Papier- statt Plastiktüten; umweltfreundliche Wäschereien).

Da das ganze Nachhaltigkeitskonzept bis zum Referendum nicht fertig sein kann, sind in den Informationen des Senats für das Referendum vorläufige Ergebnisse / Anforderungen zu publizieren und die noch nachzureichenden Bereiche und ggf. Vorgaben zu benennen.

In der Vorstellung der Bewerbung Hamburgs durch Bürgermeister, DOSB-Präsident, Sportsenator und Oberbaudirektor am 9.10. spielte das Nachhaltigkeitskonzept (bis auf die Nachnutzung des Olympiastadions) keinerlei Rolle.

Nachhaltigkeitskonzept als Querschnittsanforderung (Nr.3)

Das Nachhaltigkeitskonzept darf kein Zusatzprogramm unter anderen (z.B. Sportstättenbau) bleiben, sondern muss integraler Bestandteil der Gesamtplanung sein. Dem widerspricht es, dass das Nachhaltigkeitskonzept (wieder einmal) in der Behörde für Umwelt und Energie ressortiert, die Gesamtplanung aber in der Innen- und der Stadtentwicklungsbehörde. Auch deshalb ist zu befürchten, dass „nachhaltige Spiele“ sich im Wesentlichen auf einzelne Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen beschränken, jedoch z.B. die Mobilitäts-, Vermarktungs- und Sicherheitskonzepte nicht „nachhaltig“ tangieren. Erforderlich ist ein ressortübergreifendes entscheidungsbefugtes Nachhaltigkeitsgremium, an dem auch Vertreter der Zivilgesellschaft

beteiligt werden sollten. Dies sieht die von Senat und DOSB (und auch vom Zukunftsrat) unterschriebene Absichtserklärung vom 20.10. inzwischen vor. Ob sie auch etwas an der gesamten Kommunikationsstruktur zwischen den Gremien ändert, wird sich erst noch erweisen müssen.

Olympia und „nachhaltige Spiele“ wären auch eine gute Gelegenheit, die vom Zukunftsrat seit langem geforderte umfassende Nachhaltigkeitsstrategie für die Hansestadt insgesamt endlich in Angriff zu nehmen.

Durchsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts (Nr.4)

Ein umfassendes ehrgeiziges Nachhaltigkeitskonzept wird auch Verlierer haben, die aktuell von nicht nachhaltigen Verhältnissen profitieren. Hier bedarf es nicht nur eines klaren politischen Bekenntnisses zu Veränderungen, sondern auch des Mutes und der Mittel, diese gegen Widerstände umzusetzen. Es ist wahrscheinlich, dass dazu auch Rechts- und Verwaltungsvorschriften an Nachhaltigkeits-Bedürfnisse angepasst werden müssen.

Als Teil der Bewerbung soll das Nachhaltigkeitskonzept das IOC davon überzeugen, dass Hamburg der beste Austragungsort ist. Das IOC hat jedoch eigene Interessen, die nicht immer den Ansprüchen einer nachhaltigen Entwicklung gerecht werden (müssen). Der Entwurf des Hostcity-Vertrages für 2014 – abzuschließen mit der Entscheidung 2017 über den Austragungsort – enthält zwar einen zweieinhalbseitigen (von 324 Seiten) Abschnitt über Nachhaltigkeit und Nachnutzung. In den einzelnen fachlichen Abschnitten – z.B. dem über Transport – ist von Nachhaltigkeitsanforderungen jedoch nicht oder nur sehr allgemein die Rede. Völlig unklar ist insbesondere, welche Inhalte die Vereinbarungen des IOC mit den „Marketing-Partnern“ / Sponsoren haben. Die Ausrichterstadt muss sich in dem Hostcity-Vertrag jedoch verpflichten, diese Vereinbarungen strikt einzuhalten und die IOC-Partner darin zu unterstützen, ihre kommerziellen Ziele im Gastland zu erreichen. Diese Verträge sind elementar für die Umsetzung nicht nur wirtschaftlicher Nachhaltigkeitsvorstellungen der Ausrichterstadt. Da Zielkonflikte zwischen einem Hamburger Nachhaltigkeitskonzept und dem abzuschließenden Hostcity-Vertrag schon heute erkennbar sind, muss sich der Senat bzw. die Bewerbungsgesellschaft hier öffentlich äußern.

Rechtzeitige Information (Nr.5)

Das Referendum zielt auf eine Ja/nein-Gesamtentscheidung. Neben dem Nachhaltigkeitskonzept sind deswegen auch alle weiteren bis dahin erstellten relevanten Dokumente und Entscheidungen so früh wie möglich zu veröffentlichen. Dazu gehören der Entwurf des Host-City-Vertrages ebenso wie die einzelnen Bewerbungsunterlagen und die weitere mit dem IOC geführte Korrespondenz. Dazu gehört auch eine Entscheidung darüber, wie Konflikte zwischen Nachhaltigkeitskonzept und Hostcity-Vertrag gelöst werden sollen. Um eine faire Entscheidungsgrundlage für das Referendum zu bieten, genügt es nicht, die vorstehend genannten Informationen erst mit den Abstimmungsunterlagen zu versenden. Vielmehr müssen diese zusammen mit der schrittweisen Konkretisierung des Nachhaltigkeitskonzepts über einen prominenten Internetauftritt der Bewerbungsgesellschaft / des Senats / eines dritten Auftragnehmers kontinuierlich und so zeitnah wie möglich nachvollziehbar gemacht werden. Wichtig dabei ist, dass die Informationen der verschiedenen an der Planung beteiligten Stellen an diesem Ort gut strukturiert und übersichtlich zusammengeführt und frei kommentierbar gemacht werden. Die Informationen sollten als Dokumentenkopie, anderenfalls nicht werbend, sondern so neutral wie möglich dargestellt werden.

Rücktritts-Kriterien (Nr.6)

Nach einem (positiven) Referendum reichen Hamburg / DOSB phasenweise bzw. fortlaufend weitere konkretisierende Bewerbungsunterlagen bis September 2017 beim IOC ein. Dieses trifft 2017 in Lima die Auswahl unter den Bewerbern. In dieser Zeit können Entscheidungen Dritter und neue Erkenntnisse über Möglichkeiten und Kosten sowie über die Folgen des Hostcity-Vertrages dazu führen, dass Hamburg seinen Ansprüchen an „nachhaltige Spiele“ doch nicht gerecht werden kann. Dann muss es die Möglichkeit und den politischen Willen geben, trotz eines positiven Referendums die Kandidatur wieder zurückzuziehen.

Auch darüber ist vor dem Referendum zu informieren und mit eindeutigen Kriterien / Grenzwerten dazu zu verbinden. Die mutmaßlichen Kosten und die Obergrenze für Hamburg (1,2 Mrd. €) sind inzwischen festgelegt. Noch fehlt aber die unabdingbare Zusage des Bundes, auch „seine“ 6,2 Mrd. € zu übernehmen. Neben der Kostengrenze sollte aber z.B. auch die erfolgreiche „Klimaneutralität“ der Spiele Kriterium für eine Rücknahme der Bewerbung sein.

Wählt das IOC im Jahre 2017 Hamburg als Austragungsort aus, würde umgehend der für 2024 entwickelte Hostcity-Vertrag des IOC unterschrieben. Dieser geht allen Bewerbungs-Zusagen Hamburgs vor.

Fazit

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen die Voraussetzungen (Nr.2-6) für eine Ja-Empfehlung des Zukunftsrats allenfalls zu einem kleinen Teil vor. Ein „Ja“ beim Referendum wäre in erster Linie ein (nicht Erfahrungs-gestützter) Vertrauensvorschuss, eine emotionale Entscheidung. Nach der jetzigen Sachlage und in diesem frühen Verfahrensstand kann eine rationale Entscheidung zur Olympiabewerbung, die nicht „die Katze im Sack“ kaufen und hohe Risiken vermeiden will, nur ein „Nein“ sein. Es ist völlig offen, ob und ggf. wann die oben genannten Voraussetzungen und Bedingungen für eine positive Bewerbungsentscheidung nachgeholt werden (können).